

Thesenpapier

Welche Solidaritätsnarrative in der digitalen Welt?

Eine Zusammenstellung diskutierter Ansätze aus der Politik- und Sozialwissenschaft

Im Mai 2019

Andreas Müller, Politconsulting

Isabelle Vautravers, Stiftung Sanitas Krankenversicherung

Thesepapier: Welche Solidaritätsnarrative in der digitalen Welt?

Eine Zusammenstellung diskutierter Ansätze aus der Politik- und Sozialwissenschaft

1. Warum dieses Thesepapier?

Wie funktioniert Kohäsion heute? Was hält den Sozialstaat zusammen? Welche Herausforderungen gibt es durch die Trends Globalisierung, Digitalisierung, zunehmende Mobilität? Haben die traditionellen, geografisch orientierten Kohäsionsmodelle ausgedient? Werden Identitäten/Zugehörigkeiten zu Gemeinschaften künftig anders definiert? Wie lassen sich (gesellschaftspolitische) Kohäsions-Narrative in einer zunehmend digitalisierten Welt entwickeln?

Das Thesepapier nimmt diese Leitfragen auf. Die vorliegende Übersicht soll einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Solidarität leisten. Sie ergänzt damit eine Reihe von Gedankenanstößen, Artikeln und Studien, welche die Stiftung Sanitas Krankenversicherung unterstützt oder publiziert. Diese beleuchten Fragen rund um die Entwicklung von Solidarität in einer zunehmend digitalen Gesellschaft aus verschiedenen Perspektiven.

Wie ist diese Übersicht entstanden: Die Verfasser haben die insbesondere online zugängliche Literatur aus Politik- und Sozialwissenschaften auf Solidaritäts- oder Kohäsionsmodelle gescannt. Ansätze, die für den Solidaritätsbegriff und eine Gesellschaft im digitalen Wandel relevant waren, wurden im Sinne einer Übersicht zusammengestellt. Das Papier soll somit eine Gegenüberstellung bestehender politischer Solidaritätsnarrative ermöglichen, welche teilweise im Zusammenhang mit aktuellen Entwicklungen in Frage gestellt werden. Zudem werden Kohäsionsmodelle vorgestellt, welche als mögliche künftige Narrative diskutiert werden. Die vorgestellten Ideen gehen auf verschiedene Autoren zurück. Die wichtigsten Quellen werden aufgeführt, wobei nicht jede einzelne übernommene Wortfolge als Zitat gekennzeichnet ist. Die Verfasser haben die Ansätze in den jeweiligen Zusammenhang gebracht und einige Thesen aufgestellt, welche helfen sollen, die Diskussion um mögliche künftige Solidaritätsnarrative zu fokussieren.

2. Warum braucht die Politik Narrative?

Die **Herstellung von Kollektiven** ist eine politische Leistung, wenn man etwa an die politische Konstituierung der Nation im 19. Jahrhundert denkt. Diese hat erst den Gleichheitsanspruch gegenüber allen Menschen in einem bestimmten Raum hervorgebracht.

Die Funktion des Politischen liegt nicht nur in der Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen, sondern auch in der **Herstellung und Bereitstellung von gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit**. Politik spricht nicht nur an, sondern **sorgt erst für Ansprechbarkeit, indem sie adressiert**. Die Funktion des Politischen besteht also nicht (nur) darin, eine bereits bestehende Kollektivität anzusprechen, sondern durch die Ansprache **Kollektivität zu erzeugen**. Denn die Qualität des Politischen einer politischen Entscheidung liegt nur zur Hälfte in der sachlichen Qualität der Entscheidung. Die andere Hälfte liegt gerade darin, jenen Machtkreislauf zu verdeutlichen, der es ermöglicht, dass kollektiv bindende Entscheidungen auch kollektiv zustimmungsfähig oder wenigstens akzeptabel werden, und dies ohne den Verweis auf Zwangsmassnahmen. Gemeint ist damit, dass diese **Communities tatsächlich erzeugt und erzählt werden müssen**, damit sie wirksam und in diesem Sinne „echt“ und existent sind. Die besondere Leistung des Politischen besteht also explizit auch darin, **Narrative** für solche Gemeinschaften **anzubieten**.

3. Welche Herausforderungen für die Politik im Zeitalter der Digitalisierung?

Klassische Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, also seit der Etablierung parlamentarischer Demokratien, konnte durch interne Differenzierung in Parteien und politische Grossnarrative **grössere Gruppen der Gesellschaft binden** – also: bürgerlich-konservative Schichten, die zum Teil an Konfessionen orientiert waren, bürgerlich-moderne Schichten, bildungsnah und eher bildungsferne Schichten, liberales Bürgertum, Arbeiterschaft und Proletariat, ländliche und städtische Milieus, traditionelle Lebensformen und urbane Milieus, soziale Aufsteigermilieus und kleinbürgerliche stationäre Milieus. Diese Bindungen hatten „Macht“ in dem Sinne, dass sie für **kompakte „Pakete“ von Handlungsmöglichkeiten** standen. Politik hatte mehr Macht über die Köpfe im Sinne von plausiblen Selbstbeschreibungen der Milieus und Lebensformen – und war damit auch in der Lage, in den entsprechenden Milieus für Zustimmung, auch für Zumutungen zu sorgen. Politik hat es in der **weltbildgenerierenden** Gestalt von **politischen Ideen und Anschauungen**, in der **institutionellen** Gestalt von **Parteien** und in der **demokratiegenerierenden** staatlichen Gestalt von **Regierung und Opposition** vermocht, die eigenen Adressaten **als Gruppen** anzusprechen.

Heute ist es für politische Parteien und politische Institutionen schwieriger geworden, das Bild einer kompakten, übersichtlichen Welt zu erzeugen. Die vielfältigen Lebensformen fügen sich nicht mehr dem allumfassenden Angebot der Politik. Nicht nur Informationen und Kommunikationsstrategien sind granularer geworden, auch das **politische Angebot** und die **Verarbeitung politischer Informationen** wird **granularisiert**. Je komplexer die Situation, desto weiter streben die politische und die sachliche Ebene des Politischen auseinander. **Was verloren geht, ist die Erzählbarkeit des Politischen.**

Einerseits muss das politische System der Gesellschaft **sachliche Lösungen** für sachliche Probleme anbieten, andererseits aber auch weiterhin die **soziale Repräsentation der Bevölkerung** sicherstellen. Die Funktion des politischen Systems muss auch weiterhin darin bestehen, kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen, diese Bindung auch durchzusetzen und zugleich das zu **repräsentierende Kollektiv ansprechbar** zu **machen**.

Die Politik kennt also diesbezüglich folgende zwei grosse Herausforderungen: Die digitale Revolution **erschwert erstens** die **Ansprechbarkeit des politischen** Publikums erheblich und es geht **zweitens** grundlegend um die Frage der **Steuerungsfähigkeit des Staates** in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft.

Ein erster Schritt wäre schon gemacht, wenn die Politik **gesellschaftliche Änderungsprozesse** und **neue Realitäten** überhaupt zur Kenntnis nimmt und **narrativ verarbeitet**.

(mehr: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_45593_1.pdf/4c5099ad-f1d4-6ab8-f65e-3a930704f74f?version=1.0&t=1539650617612 und <https://www.ullstein-buchverlage.de/nc/buch/details/die-granulare-gesellschaft-9783843709606.html>)

4. Solidaritätsnarrative

Was hält die Gesellschaft zusammen? Wichtige **"Sinngeneratoren" kollektiver und individueller Identität** – etwa dörfliche, familiäre und religiöse Gemeinschaften – **verlieren** aufgrund von Migrationsprozessen, Individualisierung, Urbanisierung und Säkularisierung an **Bindekraft**. Seit Geburt der Nationalstaaten bindet das Konstrukt der "nationalen Identität" die in ihren Lebenswelten unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aneinander. Doch soll diese als emotionales Band dienen, muss sie immer wieder mit nationalen "Erzählungen" oder kollektiven Wohlstands- und anderen Heilsversprechen neu gefüllt und belebt werden. Deren Reiz liegt mitunter darin, dass sie vage und damit Projektionsfläche für unterschiedlichste Ideen und Vorstellungen sind.

Kollektive Identitäten eines Staates können dann mit **Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung des Individuums in Konflikt geraten**, wenn sie auf **sozialen Wandel nicht sensibel genug reagieren** und **nicht alle in einer Gesellschaft lebenden Menschen einschliessen**. Daher stellt sich die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen die Adressaten solcher Ansprachen sind: Wer wird ein- und wer wird ausgeschlossen, wem stehen welche Rechte zu und an welche Kriterien sind diese gebunden?

Sei es das Verhältnis zwischen "Arm und Reich", zwischen "Alt und Jung", zwischen "Einheimischen" und (integrationsunwilligen) "Migranten", zwischen europäischer und weltweiter "Solidarität" und nationalem "Egoismus": Diese "Schere" – ob objektiv vorhanden oder subjektiv wahrgenommen – jeweils zu schliessen und damit einen Beitrag zu leisten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in Zukunft zu sichern, kann als ebenso aktuelle wie zentrale Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Bürger in einer zunehmend digitalisierten Welt im 21. Jahrhundert verstanden werden.

Die Frage nach dem Einenden steht somit – explizit oder implizit – am Anfang einer jeden Beschäftigung mit den angedeuteten vier „Scheren“, die jeweils unterschiedlich gelagert und doch auf einer grundsätzlichen Ebene eng miteinander verbunden sind. Denn es geht um die **Frage des Verhältnisses des Einzelnen zum Gemeinwesen, des "Ich" zum "Wir"**, und, noch grundsätzlicher, um die Frage danach, **wer warum zum "Wir" gehört**. Nicht zuletzt, was überhaupt das "Wir" als eigene Identität von dem "Anderen" unterscheidet und **was** wiederum, jenseits von Verträgen und Verfahren, **das Verbindende ist, das die je einzelnen Identitäten vereint – und im europäischen oder weltweiten Kontext die Nationen unter einem "Dach" zusammenführt**.

(mehr: <http://www.bpb.de/apuz/156759/editorial>)

5. Beispiele (bisheriger) sozialpolitischer Leitbilder

In **sozialpolitischen Leitbildern** formulieren **politische Akteure** Vorstellungen, wie sie das **Zusammenleben in einer Gesellschaft** gestalten wollen. Je nach politischer Richtung werden dabei zum Beispiel bestimmte Gerechtigkeitsprinzipien betont oder weniger betont, und es werden unterschiedliche Vorgaben dazu gemacht, in welche Bereiche der Sozialpolitik weniger oder mehr investiert wird. Es werden also **Leitplanken** aufgestellt, die für die konkrete Ausgestaltung sozialpolitischer Arrangements prägend sind. Am Beispiel verschiedener bisheriger Leitbilder soll dies kurz verdeutlicht werden. Es wurden dabei bewusst ausgewählte Leitbilder aus verschiedenen europäischen sozialpolitischen Kontexten als Beispiele herangezogen, welche unterschiedliche Solidaritäts-Narrative verwenden.

Die Rolle des Sozialstaates im politischen Sinne wird etwa im Leitbild des **aktivierenden Sozialstaates** beschrieben. Eine fokussiertere Sicht auf gesellschaftliche Wohlfahrt und insbesondere Gesundheit wird im Leitbild **Prävention** eingenommen, das Leitbild **Inklusion** betont vor allem soziale und kulturelle Komponenten während das Bild der **sorgenden Gesellschaft** die Rolle lokaler Gemeinschaften in den Vordergrund stellt.

Die mit diesen Leitbildern verbundenen sozialpolitischen Arrangements zeichnen **idealtypische Lebensweisen** vor, in denen der Genuss neuer Freiheiten an die Übernahme bestimmter Werte und Normen gebunden wird. Damit transportiert **Sozialpolitik immer auch eine Hierarchie der Lebensstile**. Andererseits werden aber auch Perspektiven für neue Freiheiten eröffnet. Sozialpolitische Hilfen stehen im **Dilemma**, auf der einen Seite Menschen aus ihrer Unfreiheit befreien zu wollen, aus der sie ohne Hilfe nicht entkommen können, auf der anderen Seite kanalisieren genau diese Hilfen die individuellen Freiheiten in eine bestimmte vorgegebene Richtung. **Aus diesem Blickwinkel stellt jedes Förderangebot einen Eingriff in die individuelle Freiheit** dar. Die Freiheit der/des Einzelnen muss in ein Verhältnis gesetzt werden zu den Chancen eines Menschen auf gesellschaftliche Teilhabe. Eine Gewichtung dieser gegensätzlichen Interessen wird in sozialpolitischen Leitbildern vorgenommen. Die Beschreibung der Leitbilder ergibt je ein Narrativ.

5.1. Leitbild „aktivierender Sozialstaat“

Das Leitbild aktivierender Sozialstaat entstand im Europa der 90er Jahre als Abgrenzung zum minimal state des Neoliberalismus wie auch zum (kompensatorischen) Wohlfahrtsstaat alter sozialdemokratischer Prägung (siehe entsprechende Übersicht).

Sozialstaatliche Leitbilder

	wirtschaftsliberaler Staat <i>(minimal state)</i>	kompensatorischer Sozialstaat <i>(Wohlfahrtsstaat)</i>	aktivierender Sozialstaat <i>(social investment state)</i>
staatliches Steuerungsverständnis	zurückhaltender Staat <i>(neutral)</i>	steuernder Staat <i>(hierarchisch, bestimmend)</i>	vermittelnder Staat <i>(kooperativ, verhandelnd)</i>
Menschenbild	frei und rational handelndes Individuum	die gesellschaftlichen Bedingungen prägen Handlungsspielraum des Individuums	Individuum braucht staatl. Unterstützung, um unter den gesellschaftlichen Bedingungen frei handeln zu können.
wirtschaftstheoretische Position	Der freie Markt wird negative gesellschaftliche Entwicklungen ausgleichen.	Der Staat muss negative Auswirkungen des Marktgeschehens kompensieren.	Der Staat muss Möglichkeiten geben, negative Entwicklungen individuell kompensieren zu können.
sozialpolitische Ausrichtung	~ Eigenverantwortung ~ (private) Versicherung ~ Charity	~ Versicherung ~ Versorgung bzw. ~ Fürsorge	~ Eigenverantwortung ~ Aktivierung ~ Leistungsgesetze
sozialpolitische Funktion	Sicherstellung der freien Entfaltung der Marktkräfte und Durchsetzung abhängiger Erwerbsarbeit (Konstitution)	Ausgleich von Benachteiligung (Kompensation), sobald diese eingetreten ist (reaktiv)	Befähigung jedes Einzelnen zur Selbsthilfe, damit Benachteiligungen erst gar nicht entstehen (Prävention)
individueller Schutz	Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums -> minimale Absicherung existenzbedrohender Armut	Schutz vor Armut, Reduzierung der Marktabhängigkeit der Arbeitnehmenden -> Ressourcenumverteilung	Verknüpfung individueller Sicherheit mit Marktorientierung -> Bürokratieabbau
rechtliche Ausgestaltung	Leistungen auf Grundlage vertraglicher Regelungen	universelle Rechtsansprüche auf standardisierte Leistungen	individualisierte Leistungen gekoppelt an Mitwirkungspflichten

Eigene Darstellung

Sozialstaatliche Leitbilder (© bpb)

5.2. Leitbild "Vorbeugen ist besser als heilen!" – Der Präventionsdiskurs

Das Leitbild der Prävention ist in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in den letzten Jahrzehnten stärker in den Fokus gerückt. Häufig illustriert durch den bekannten Ausspruch "Vorbeugen ist besser als heilen!" von Hippokrates (um 400 v. Chr.) ist die Idee, Schaden zu verhindern, bevor er entsteht, heute so präsent wie lange nicht. Prävention soll Kriminalität, Gewalt und Drogenkonsum reduzieren, die Zahl der Schulabbrecher und Arbeitslosen senken und Extremismus sowie Diskriminierung bekämpfen.

Häufig wurde Prävention vor allem im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Bildung diskutiert. Durch eine Ausweitung der Sozialen Dienste sollen spätere Entwicklungsdefizite, beispielsweise in der Schulbildung und im Sozialverhalten, verringert und somit kompensatorische "Reparaturleistungen" überflüssig werden, was sich in einer "Präventionsrendite" auch gesamtwirtschaftlich auszahlen soll. Ursprünglich stammt die Diskussion um das Leitbild der Prävention aus dem Gesundheitsbereich und meinte dort alle Anstrengungen, um das Auftreten von Krankheiten zu verhindern (pathogenetisches Modell), indem spezifische Risiken gemindert werden. Dieses Präventionskonzept ist vom Grundsatz her defizitorientiert. Deshalb sind Präventionsansätze dieser Art tendenziell stärker auf individuelle, zum Beispiel gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen gerichtet. Ein breiteres Verständnis von Prävention richtet den Blick nicht auf Risikogruppen, sondern auf die Stärkung der Ressourcen aller Menschen (Primärprävention). Ein solches (salutogenetisches) Präventionsverständnis kommt zum Beispiel in der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 1986 zum Ausdruck. In ihr wird gefordert, "allen Menschen ein höheres Mass an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit [zu] ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit [zu] befähigen."

Darüber hinaus ist mit jeder Form von Prävention aber auch ein **Werturteil darüber verknüpft, was akzeptable Lebensverhältnisse sind oder was als positive Entwicklung gelten kann und was nicht.**

5.3. Leitbild „Wer soll dazu gehören?“ – Der Inklusionsdiskurs

Dass unter einem Begriff zur gleichen Zeit unterschiedliche Ausprägungen eines Leitbildes nebeneinanderstehen können, ist bereits am Beispiel Prävention zu erkennen. Ein weiteres Beispiel, an dem dies deutlich wird, ist das der Inklusion. Das Leitbild der Inklusion reicht in verschiedene Bedeutungskontexte hinein, zum Beispiel prägt es die sozialpolitische Auseinandersetzung um den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung, die Integration von Migrantinnen und Migranten oder auch die Diskussion um die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung (soziale Inklusion). Hinter sämtlichen Inklusionsbemühungen steht die Vorstellung von idealen Lebenslagen und davon, wann Eingriffe in die individuellen Lebensverhältnisse, beispielsweise durch sozialpolitische Leistungen, gerechtfertigt sind und wann nicht. Gemeinsam ist allen Inklusionsleitbildern, dass es immer um die **Bekämpfung bzw. Vermeidung von Ausgrenzungsprozessen** geht.

5.4. Leitbild „sorgende Gesellschaft“

Das Konzept der Caring Communities ist vom Kommunitarismus geprägt. Es geht es um die Sorge für die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens und gemeinsame Werte: um die Sorge für Alte und Kinder, für Flüchtlinge und Fremde, für Trauernde, Vulnerable und Sterbende. Es geht um Zeit und Empathie für andere, um vertrauensvolle und verlässliche Beziehungen, um tragfähige Netzwerke und eine Kooperation von Professionellen und Freiwilligen auf Augenhöhe; um die Schaffung bzw. den Erhalt von zukunftsfähigen, verlässlichen Gemeinschaften. Für all das sei nicht ein Akteur oder eine Organisation verantwortlich. Vielmehr wird die Organisation eines Wohlfahrts-Mixes angestrebt, einer geteilten Verantwortung durch Familie, Freundeskreis, die Nachbarschaft, durch Organisationen der Zivilgesellschaft (Kirchengemeinden, Verbände, Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen), durch den Sozialmarkt (Unternehmen, Dienstleister, Pflegedienste) und durch Staat und Kommunen als Ord nende und Steuernde. **Eine «Sorgende Gemeinschaft» soll so das gelingende Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Staat, Organisationen der Zivilgesellschaft und professionellen Dienstleistern in der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Aufgaben darstellen.** Allerdings werden die Regeln, wie dieses Zusammenspiel zwischen Familie, Freundeskreis, Organisationen der Zivilgesellschaft, Markt und Staat geschehen soll, kaum geklärt.

(mehr: <http://www.bpb.de/izpb/214337/aktuelle-sozialpolitische-leitbilder?p=all> und <https://www.vdw-online.de/pdf/veranstaltungen/2016/2016-06-09-Quartier/Kruse.pdf?m=1496224493&>)

6. Narrative in einem digitalisierten Politikumfeld: Zwei grosse Herausforderungen

Die Politik hat in der digitalisierten Gesellschaft zunehmend Mühe, **allgemeinverbindliche Entscheidungen für die gesamte Gesellschaft herzustellen** und das **Gemeinwesen narrativ zu begründen**.

In der digitalisierten „granularen Gesellschaft“ setzt die Herrschaft über das Verhalten des Einzelnen **immer weniger** an jenem **Durchschnitt** an, der klassische Politikkonzepte ausmacht. Von besonderer Bedeutung ist, dass am Beispiel von Big Data-Strategien **neue Formen der Machtausübung über das Verhalten von Menschen** zu beobachten sind, die **keineswegs** mehr allein **aus kollektiv bindenden Entscheidungen** bestehen. Der *homme moyen* als **Kollektivfigur** war letztlich eine **politische Figur**. Der *granulare Typus* als **individueller Adressat** wird hingegen in seinem Konsumverhalten, in seinem gesundheitsbezogenen Verhalten, auch ästhetisch, moralisch und medial **zielgruppenspezifisch** so **genau adressiert**, wie es **kollektiv bindende Entscheidungen nicht vermögen**.

In der immer mehr digitalen, granularen Welt ergeben sich so bezüglich der Kohäsion und Solidarität zwei grosse Herausforderungen, die nachfolgend beschrieben sind.

6.1. Erste Herausforderung: Populismus und exkludierende Solidarität

Gerade der **Populismus** profitiert von der schwierigen Situation der Politik, indem er auf das **Auseinanderfallen von neuer gesellschaftlicher Realität und notwendigem Anspruch der Politik** hinweist. Populistische Angebote unterschreiben in ihren Diagnosen die Komplexität der Gesellschaft so weit, dass sie sachlich völlig insuffizient werden, aber eine starke Stimme für den politischen Protest erlangen.

Populismus bietet stets einfache Lösungen für komplizierte Probleme an, und er versucht, die Differenz von Staat und Staatsvolk aufzuheben. So unterschiedlich populistische Bewegungen auch sind, sie kommen darin überein, dass **das moderne Gemeinwesen jenen Identitätskern verloren habe, den es als Nation, als Schicksalsgemeinschaft einmal hatte**.

Gesellschaftliche Solidaritäten sind für moderne Gesellschaften keineswegs »überflüssig« und keineswegs »trivial«, sondern eine notwendige Grundlage von Wohlfahrtsstaaten und der auf sie bezogenen Sozialpolitiken. Mit der im Rechtspopulismus ausdrückenden Solidarität verändern jedoch die aus diesem Stoff »gewobenen« Gesellschaften. Diese Veränderungen weisen in Richtung einer **exkludierenden Solidarität**. Die sozialstaatlichen Institutionen werden dabei **identitätspolitisch geformt** oder neu entworfen und von der **(Nicht-)Zugehörigkeit zu Nation und «Kulturgemeinschaft»** sowie den damit unterstellten **Normalitäten in Kultur, Religion und Lebensformen** abgeleitet.

Die Welt ist komplizierter geworden – vor allem dann, wenn sich der Traum wachsender Prosperität und steigender Lebensstandards nicht mehr träumen lässt. **Konkurrenten** um knappe Ressourcen und Lebenschancen haben es **immer weniger** mit **kollektiven, klar identifizierbaren Gegenübern** zu tun. Der Konkurrent wird **abstrakter** und **unsichtbarer** – unsichtbar unter anderem deswegen, weil die Konkurrenten nur noch in **Ausschnitten ihrer Persönlichkeiten** miteinander konkurrieren, nicht mehr als Exemplare von eindeutigen Gruppen, Klassen und Milieus. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um intime Zuneigung und soziale Anerkennung ist letztlich nur noch eine **statisch wahrnehmbare Grösse**, ein **Konglomerat ähnlicher Merkmale**. Konkurrenten werden, wie schon erwähnt, **digitalisiert** – sie treten nicht mehr als analoge pralle Formen auf, nicht mehr als soziale Gruppen, sondern als **statistische Gruppen**. Damit werden auch **Verantwortliche und Schuldige** immer **weniger adressierbar und identifizierbar**. Der **Konkurrent** wird **unsichtbar**.

Für **Sichtbarkeit** sorgt dann hingegen der **politische Populismus**. Er macht **Verantwortliche sichtbar** und **reduziert** die **Komplexität** der Welt auf **illegitime Interessen bestimmter Gruppen** („gierige“ Manager, „korrupte“ Politiker, „kriminelle“ Nutzniesser von Sozialleistungen, „Lügenpresse“ etc.). **Populisten machen** all das **in prallen Bildern erzählbar**.

Populistische Kommunikation ermöglicht **Sätze mit klaren Kausalitäten**, wo andere angesichts komplexer Verhältnisse mit komplexen Aussagen aufwarten. Und nicht zuletzt werden **klare Lösungen** für die grundlegenden Probleme behauptet. Solche Perspektiven stellen eine Diskursfalle dar, denn es handelt sich um Kommunikation, die sich selbst **gegen äussere Argumente oder Einwirkungen immunisiert**. Jegliche Einwirkung von aussen, **jegliche Widerlegung, jeglicher Widerspruch** stärkt letztlich die **eigene Position**, weil dadurch bestätigt wird, was die Bewegung zu einfachen Erklärungen nötig: nämlich die Komplexität der Welt.

Es sind gerade die **Fallen der (leichten) Erzählbarkeit vereinfachter Feststellungen**, die es letztlich so schwierig machen, die Energie des Protests in den politischen Prozess zurückzuholen. Politische Kommunikation muss auf **Überzeugungsmöglichkeiten** und **Gefolgschaftsangebote** setzen.

(mehr: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_45593_1.pdf/4c5099ad-f1d4-6ab8-f65e-3a930704f74f?version=1.0&t=1539650617612 und https://static1.squarespace.com/static/5a01a7d7bce17651a5f30bd4/t/5a1af682ec212d9bd3fbb761/1511716493784/Promotionskolleg+Rechtspopulismus_exkludierende+Solidarit%C3%A4t.pdf)

6.2. Zweite Herausforderung: Ordnung der Gesellschaft durch Datafizierung und Algorithmisierung (in Richtung Modell China?)

Schon bei der Entstehung der Sozialversicherung **veränderte der Blick auf die verfügbaren Daten** auch den **Blick auf die Gesellschaft**. So liess sich durch Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung zeigen, dass Krankheiten oder Unfälle eben nicht als Einzelvorfälle zu verstehen sind, sondern dass es hier bestimmte Regelmässigkeiten gibt, weshalb die Verantwortung nicht oder nicht allein beim Individuum gesucht werden kann. Die Entstehung von Sozialversicherungen im 19. und 20. Jahrhundert in vielen Ländern Europas ist auf solche Einsichten zurückzuführen.

Welche (gesellschaftlichen) Trends lösen nun Datafizierung und Algorithmisierung aus?

Mit der zunehmenden Digitalisierung und der Verfügbarkeit von Instrumenten des Lifetrackings werden **Zahlen und Vergleiche wesentlich bedeutsamer**. Es wird nun gar von einem «**metrischen Wir**» gesprochen. Zahlen institutionalisieren bestimmte «**Wertigkeitsordnungen**», die uns Beurteilungsmassstäbe und Rechtfertigungen darüber an die Hand geben, wie Dinge zu sehen und zu bewerten sind. Es kommt zur Ausprägung einer «**quantitativen Mentalität**», die Zahlen eine Deutungsmacht bei der Beurteilung gesellschaftlicher Phänomene zuweist. In Zahlen sind aber immer schon **Vorentscheidungen** darüber enthalten was als **relevant, wertvoll oder massgeblich** gelten soll. Daten legen nahe, wie Dinge zu sehen sind und schliessen damit andere Sichtweisen systematisch aus.

Ein wesentlicher Antriebsmotor ist dabei der Ausbau der Technologien und Infrastrukturen zur **Vermessung von Gesellschaft**. Mithilfe neuer **Indikatoren, Ratingprozeduren, Leistungsmessungen und Abfrageinstrumente** werden die **Winkel des sozialen Lebens** ausgeleuchtet und zahlenmässig lesbar gemacht. Dabei ist der **Kontrollaspekt** mit dem **Leistungsaspekt** oft untrennbar verbunden. Menschen möchten sich vergleichen. Aus dem Vergleich entsteht der Ansporn zu **Verbesserung** und **Imitation**, aber auch zu **Abwertung, Abgrenzung** und **Abwehr**, weil man nicht so sein kann oder sein möchte wie jemand anderes. Vergleiche dienen nicht nur der **eigenen Einordnung**, sondern haben auch eine soziale Komponente: Sie eröffnen neue Dimensionen des **Status-Denkens**. Dies kann durchaus auch einen **neuen Leistungsdruck** fördern, um im Vergleich der Statusdaten gut abzuschneiden.

Wie ist nun eine **gesellschaftliche Ordnung** mit diesen Trends der Datafizierung möglich? Die zunehmende Datafizierung beeinflusst nicht nur die Wirtschaft, sie ermöglicht es die **Menschen einer Gesellschaft über Algorithmen und Daten mittels Scorings zu ordnen**. Ein eindrückliches Beispiel dafür liefert **China**. Dort wird ein **Social Scoring System** errichtet. Ziel des Systems ist es, die Menschen zu **disziplinieren**. Es werden Apps entwickelt, die das Verhalten der einzelnen Menschen, aber auch von Unternehmen und Organisationen, erfasst. Analysiert werden sie von Drittanbietern durch Algorithmen, die Menschen, aber auch Organisationen, einordnen und bewerten. Einzelne Handlungen und Verhaltensweisen können den persönlichen Score reduzieren oder erhöhen - mit entsprechenden Konsequenzen für den Bezug von öffentlichen Dienstleistungen, Krediten etc. Mit dieser Form der Datafizierung betreibt China etwas komplett Neues: Ein **jeder Bürger** erhält einen **Bewertungsstempel** aufgedrückt, der seine **neue Identität** wird, der letztlich **über seine Teilhabe am Alltagsleben** und **über seinen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen** entscheidet. Ziel ist es, das **Verhalten der Leute zu normieren**, denn bei Einhaltung der Norm werde die Gesellschaft automatisch stabil und harmonisch. In dieses Bewertungssystem fliesst nicht nur der Umgang mit dem Geld ein, das aufgrund seines hohen Digitalisierungsgrades leicht zu beobachten ist, sondern auch das Verhalten im Internet und das sonstige Sozialverhalten.

Das chinesische Beispiel des Systems des sozialen Vertrauens zeigt, wie Big Data Anwendungen aus den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Finanzsystem, Gesundheitssystem heraus auf **gesellschaftliche Anwendungsfelder** oder gar auf die **Gesellschaft insgesamt weiterentwickelt** werden können.

(<http://www.imo-institut.de/shaping-facts/societal/ordnung-der-gesellschaft-durch-datafizierung-und-algorithmisierung.html> und https://www.suhrkamp.de/buecher/das_metrische_wir-steffen_mau_7292.html)

7. Elemente für (neue) Kohäsionsnarrative, die den grossen zwei Herausforderungen entgegentreten

Der intensivere und beschleunigte Prozess der Digitalisierung und Globalisierung stellt die Gesellschaft und Politik vor neue und wichtige Herausforderungen, gerade auch bezüglich der **Arbeitswelt**, welcher in bisherigen **Solidaritätsnarrativen** eine hohe Bedeutung für die **gesellschaftliche Integration** zukam. Diese neuen Prozesse werden die Gesellschaft, wie eben beschreiben, beeinträchtigen. Es stellt sich schon heute die Frage, wie sich unser **Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt** verändert hat und in der Zukunft weiter verändern wird – **Solidarität 4.0**, aber wie? Digitalisierung kann, wie erläutert die **Ungleichheit in der Gesellschaft** verstärken und **neue Diskriminierungen** schaffen sowie neue **Ressentiments** schüren und den **Populismus** stärken.

Es stellt sich nun die Frage nach **langfristigen und innovativen Lösungsansätzen**, die ein **positives Zukunftsbild** gestalten und mit den **Ängsten der Menschen** verantwortungsvoll und transparent umgehen. **Themen wie Sicherheit, Gerechtigkeit oder Beständigkeit müssen konkret** adressiert werden. Es geht darum, zu diskutieren, wie Solidarität im digitalen Zeitalter aussieht, welche **neuen Formen der Solidarität** es gibt oder geben sollte, und welche innovativen Lösungsansätze generiert werden können. Es geht um Fragen wie: Wer ist eigentlich noch mit wem solidarisch: Die Reichen mit den Reichen und die Armen mit den Armen? Die Alten mit den Alten und die Jungen mit den Jungen? Die Digital Natives untereinander und sonst: alle gegen alle?

Es geht in dieser Diskussion um **verschiedene Solidaritätsbegriffe**: Solidarität verstanden als **Verbundenheit mit einer bestimmten Gruppe**, wobei die Identität oder die Merkmale der Zugehörigkeit zur Gruppe dabei bedeutsam sind? Wo als Gegenpol auch die Abgrenzung über die gleichen Merkmale und somit Diskriminierung im Raum steht. Oder geht es um einen viel **weiter gefassten Solidaritätsbegriff** im Sinne von Gerechtigkeit, wo eine **Chancengleichheit möglichst aller Menschen und Bürger** als Mitglied der Gesellschaft erreicht werden sollte?

Lebens- und Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert; nicht zuletzt unter dem Einfluss digitaler Medien, welche eine **immer selektivere Ansprache von Personen mit bestimmten Merkmalen** ermöglichen. Die Moderne, verstanden als ein Prozess der Individualisierung und gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, hat durch die Digitalisierung eine Dynamik entfaltet, die **bekannte Klassen- oder Schichtenmodelle aufhob**. Die Gesellschaften der „westlichen Welt“ sind in **Milieus und Sub-Milieus fragmentiert**; zersplittert in vielfältigste Modelle von Arbeits- und Lebenswelten, von **Selbstoptimierungs- und Sinnkonzepten**.

Die **Kompromissfähigkeit** als ein **Grundprinzip demokratischer Entscheidungsfindung** in den Filter-Bubbles neuer sozialer Medien scheint ins Hintertreffen zu geraten. Eine **Diskussion bezüglich des Stellenwerts von Solidarität innerhalb der demokratischen Grundwerte** scheint deshalb erforderlich. Was also eint die Abgehängten mit den Abhängigen? Was wissen die verschiedenen Social-Media-Blasen überhaupt noch voneinander?

Nachfolgend vier Versuche neuer Kohäsions-Erzählungen, die den in Kapitel 6 beschriebenen zwei grossen Herausforderungen entgegentreten. Wir haben hierfür exemplarische Narrativ-Versuche auf **lokaler, nationalstaatlicher** und **überstaatlicher** Ebene ausgewählt.

7.1. Neues «nationalstaatliches» Narrativ: «Alle kriegen, was sie brauchen» (Sozialkonto, Grundeinkommen)

These:

Soziale Teilhabe und Chancengleichheit für alle durch Basisfinanzierung für alle (wenn die Integration in Gesellschaft über den Arbeitsmarkt durch Digitalisierung mehr und mehr herausgefordert wird).

Die digitale Transformation der Volkswirtschaft impliziert neue Herausforderungen für die Sozialpolitik. Denn Routine- und Nichttroutinetätigkeiten können verstärkt durch **Roboter** übernommen werden. Damit werden die **Anforderungen an die Arbeitnehmer** in Bezug auf **Kenntnisse und Flexibilität** grösser, zukünftige Arbeitsverhältnisse werden **instabiler** und Arbeitnehmer mit geringer und mittlerer Ausbildung kommen immer **stärker unter Druck**. Gleichzeitig entstehen neue Stellenprofile und neue Formen von Arbeitsverhältnissen.

Falls sich die Volkswirtschaft aufgrund der Digitalisierung in diesem Sinne grundlegend verändert (dazu bestehen allerdings verschiedene Sichtweisen), so müsste auch die **nationale Sozialpolitik** neue Wege gehen. Erstens, weil nicht jeder dazu geboren ist, ein Crowdfunder zu sein. Zweitens, weil Bildungsanstrengungen eine lange Zeit benötigen, bis sie Früchte tragen und die Tendenz einer Kluft zwischen „Oben“ und „Unten“ in den Bildungsmöglichkeiten sowie eine mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Bildungsschichten nicht von der Hand zu weisen sind.

Wenn die Rolle des Arbeitsmarktes als Gradmesser der sozialen Integration im Zeitalter der Digitalisierung immer mehr in Frage gestellt wird, wären **neue Modelle zur Sicherstellung einer sozialen Teilhabe** an der Gesellschaft gefragt, die auch **ganz neue Narrative** implizieren. Diskutiert werden könnten z.B. Formen des **Sozialkontos**, **Lohnsubventionen** oder ein (lernabhängiges) **Grundeinkommen**.

Eine Einführung solcher Instrumente, gerade in der Schweiz mit ihren direktdemokratischen Prozessen, wäre nur möglich, wenn ein entsprechendes **neues Narrativ** bezüglich sozialer Integration in der digitalisierten Welt überzeugend dargelegt würde.

(mehr: https://www.lbbw.de/1-perspektiven/2017/10-digitalisierung/30-sozialpolitik/lbbw-blickpunkt_sozialpolitik_6omj1fikz_m.pdf)

7.2. Neues «lokales» Narrativ: «Alle gehören dazu und teilen auch Werte» (Projekt Dortmund, Versuch ein gemeinsames «Zusammenhalts-Narrativ» zu entwickeln)

These:

Integration in Gesellschaft über politische und kulturelle Inklusion, durch gemeinsam geteilte Werte («kommunitaristisch» orientierte Integration). Neue Kommunikationskanäle ermöglichen Austausch auch mit vermeintlich anderssprachigen oder anders orientierten Gruppen. Teilhabe durch lokale / politische / soziale Inklusion, respektive durch vielfältige Beiträge zu gemeinsamen Werten.

Gegenwärtige sozioökonomische Krisenlagen befördern **gesellschaftliche Spaltung** in Form von **identitätspolitischen «Wir-und-die-Anderen»-Narrativen**. Die **begrenzte Akzeptanz von Diversität** gepaart mit einer **geringen Gemeinwohlorientierung** sind zentrale **Auslöser für Desintegration, soziale Exklusion und Abgrenzung** auch in etablierten Demokratien. Dies stellt politische (und gesellschaftliche) Akteure vor ein Dilemma, da existierende **Konzepte von Bürgerschaft** und **politischer Zugehörigkeit** nur begrenzt zu den heutigen in den Gesellschaften vorfindlichen Narrativen und sozialen Lagen anschlussfähig sind.

Um neue Wirksamkeit zu erreichen, ist es notwendig, **geteilte soziale Vorstellungen politischer Zugehörigkeit** und **gesellschaftlicher Kohäsion** für eine **multikulturelle** Gesellschaft zu eruieren, aufzuarbeiten und in zeitgemässen Konzepten zu implementieren. Konkret sollen **demokratische Bindungen** sowie **identitätsbezogene Grenzziehungen** neu exploriert und ausgehandelt werden und sich in Form von **Zusammenhalts- anstatt Spaltungsnarrativen** politisch manifestieren. Vergleichbare bisherige Ansätze sind **Bürgerschafts- und Bürgerbildungskonzepte** von auf **politische Inklusion** ausgerichteten Systemen (CAN, F, GB).

(mehr: https://zusammenhalt-dortmund.de/wp-content/uploads/2018/07/GPJE-Poster_ZuNaMi-2018.pdf oder <https://zusammenhalt-dortmund.de/das-projekt>)

7.3. Neues «lokales Narrativ»: «Alle gehören dazu und werden in ihrer Verschiedenartigkeit als Teil der Gesellschaft anerkannt» (Projekt Helsinki, mit dem Ziel, ein gemeinsames «Wir» in der Schule entwickeln)

These: Integration in Gesellschaft über neugestaltete (Schul)-Bildung. Förderung kollaborativer Skills und Vorbilder neuer Berufs- Arbeits- und Lebensbilder. Individuen anerkennen gegenseitig verschiedenartige Identitäten und verbinden sich durch Beziehungen zu anderen zu einem Wir. («Liberal-individualistisch» orientierte Integration.)

Der soziale Zusammenhalt beruht auf der Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen, in einem vielfältigen Umfeld zusammenzuarbeiten. **Eine Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt meint nicht eine Gesellschaft, in der alle dieselben Werte, Überzeugungen und Lebensstile teilen - im Gegenteil, eine sozial kohäsive Gesellschaft profitiert von der Vielfalt.** Die Gesellschaft gestaltet den Einzelnen zur gleichen Zeit wie der Einzelne die Gesellschaft.

Kollektive Identität ist eine zwingende Voraussetzung für die Untersuchung des sozialen Wandels. Es ermöglicht verschiedenen Akteuren ein **Gefühl der Zugehörigkeit** und **Verbindungen zu anderen Individuen und Gruppen** und schafft so eine **gemeinsame kollektive Erfahrung**. Schulen bilden einen natürlichen Raum für die Förderung des sozialen Zusammenhalts und eine neue Definition des «Wir». Die Schüler kommen in die Schule, um **gemeinsam** zu lernen und Dinge zu tun - eine Gelegenheit, die genutzt werden sollte. Zusammenarbeit, soziale Fähigkeiten, soziale Verantwortung - die Fähigkeit, gemeinsam mit verschiedenen Lernenden zu arbeiten und Wissen aufzubauen - dies sind die Kompetenzen und Eigenschaften, die in der Schule gefördert werden müssen.

Die moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Individuen. Die Menschen wollen ihre eigenen Wege gehen und nicht gestört werden. Gleichzeitig brauchen wir Menschen, die bereit sind, die Fähigkeiten echter Bürger neu zu erlernen. Schulen können und sollten der Ort sein, an dem Kindern **Vertrauen und Engagement in ihrer eigenen Umgebung und Gesellschaft** vermittelt wird, angefangen bei ihren eigenen Klassenkameraden.

Das neue „Wir“ baut auf der **Vielfalt** unserer Umgebung auf. Der ethnische und kulturelle Hintergrund ist sowohl Quelle von Bedeutung als auch Identität. Um ein neues Konzept des «Wir» aufzubauen, sollte ein neues Gefühl der sozialen Zugehörigkeit und Identität nicht Produkt der Assimilation sein, sondern aus einer **neuen Erzählung des «Wir»** aufgebaut sein, die aus der Vielfalt der jeweiligen Gemeinschaft wächst. Beim Aufbau einer kollektiven Identität ist es wichtig anzuerkennen, was jede Person auszeichnet. Die soziale Konstruktion kollektiver Identität wurzelt immer im **Kontext von Beziehungen** und Schulen sind Gemeinschaften, in denen Kinder eine kollektive Identität aufbauen können. Heute sollten die Schüler in die Schule kommen, um zusammenzuarbeiten. Eine Aktivität, für die Schulleiter, Lehrer und politische Entscheidungsträger Zeit und Raum schaffen müssen. Durch die Zusammenarbeit bauen die Studenten starke Beziehungen auf, die zu einem neuen Konzept des «Wir» führen können. Es geht nicht um Integration im Sinne von Assimilation, sondern um einen **interaktiven Prozess der Neudefinition von Identität**, der erforderlich ist. Schulen können der Ausgangspunkt für ein **Transformationsprojekt** sein, um eine neue Identität aufzubauen, die sich dann auf die **Transformation der Gesellschaft** ausweiten kann.

(mehr: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-78580-6_10#Sec6)

7.4. Neues «übernationales» Narrativ: «Wir sind Weltbürger, gehören zusammen und haben eine gemeinsame Verantwortung» («ökologisch-solidarisch» orientiertes Weltbürgerrecht)

These: Die Klimakrise könnte zu einer Art neuer weltweiten Solidarität führen, welche mit Nachhaltigkeit verbundene Lebensweisen auf eine neue Art thematisieren, nachdem die «sozialistisch» geprägte internationale Solidarität des letzten Jahrhunderts keine grosse Glaubwürdigkeit mehr aufweist.

Das neue Zeitalter einer menschengemachten Umgestaltung der Welt geht mit einer **ökologischen Krise** einher. Die Folgen dieser Krise treffen die Menschen in den **armen Regionen dieser Erde** besonders hart. Die reichen Industrienationen hingegen sind weit weniger schwer beeinträchtigt und können sich zudem sehr viel besser gegen die Konsequenzen dieser

Krise, zum Beispiel gegen die **Auswirkungen des Klimawandels**, schützen. Dieser Ungerechtigkeit kann nur dann nachhaltig und wirksam begegnet werden, wenn den betroffenen Milliarden von Menschen dauerhaft das Recht zugebilligt wird, „**Rechte zu haben**“ – wenn sie also beispielsweise ihr Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser auch alltags-tauglich praktisch durchsetzen können, etwa in einem Gerichtsverfahren. Und dies wird nur im Rahmen eines **neu zu schaffenden ökologisch orientierten Weltbürgerrechts** möglich sein. Dieses Recht soll ein **Recht der Einzelperson** sein – im Gegensatz zum bisherigen Völkerrecht, in dem alleine die Staaten Rechtsobjekte sind und das Individuum somit im Zustand ohnmächtiger Rechtlosigkeit verharren muss.

Weltbürgerliches Denken bedeutet also, aus Unzufriedenheit mit Ungerechtigkeiten in der Welt, aus einem ethischen Verpflichtungsgefühl heraus eine friedliche und gerechte Welt für alle zu konzipieren. Dazu gehört z.B. auch die global wirksame Verrechtlichung von Menschenrechten wie zum Beispiel dem auf Zugang zu sauberem Trinkwasser in einem auf ökologische Wirkung ausgerichteten Weltbürgerrecht – denn die grösste Bedrohung der Menschen von heute und insbesondere der Armen unter ihnen liegt in der ökologischen Krise. Diese ist kein Zustand, der irgendwann in ferner Zukunft droht, sondern ein in vollem Gang befindlicher Prozess.

Das Weltbürgerrecht, das hier Abhilfe schaffen könnte, existiert nicht – nur erste Ansätze und Umriss sind derzeit erkennbar. Das befreit nicht von der Verpflichtung, in der eigenen Lebensgestaltung weltbürgerlich zu handeln, wo immer möglich. Und das wiederum heisst, dass man – wo immer möglich – vermeiden sollte, auf Kosten anderer zu leben. Wer also das Glück hat, in eine der reichen Industrienationen hineingeboren worden zu sein, sollte daher versuchen, dieses Privileg weltverträglich zu gestalten. Es gibt zwei Grundprinzipien eines weltbürgerlichen Lebens, und das sind diese beiden Leitsätze: Lebe so, dass deine Lebensgestaltung möglichst wenig Schaden für die Lebensführung anderer Menschen und unserer Nachkommen zeitigt. Setze dich dafür ein, dass weltweit eine Rechtsgemeinschaft entsteht, die es auch allen anderen Menschen möglich macht, im Recht zu leben und ihre eigenen Menschenrechte zu verwirklichen.

(mehr: http://www.worldcitizens.de/pdf/bibliothek/2018-12-08_bastian_and_vs_awc_weltburgermanifest_2018.pdf)

8. Auf der Suche nach neuen Narrativen

Was sind zusammenfassend die grossen Herausforderungen für die Entwicklung für neue Narrative?

- Zum einen die Komplexität der Gesellschaft als sachliches Problem der Einwirkungsmöglichkeit der Politik in die Gesellschaft;
- zum anderen die Granularisierung der Adressaten politischen Handelns als Grund für seine zunehmende Unerreichbarkeit;
- und schliesslich das Unplausibelwerden von asymmetrischen Ordnungsformen (Politiker als von den Bürgern akzeptierte Gestalter des Prozesses der politischen Diskussion), was politische Überzeugung und Gefolgschaft schwieriger macht.

Es bedarf also aus der Perspektive des politischen Systems sowohl eines Narrativs, das den Umgang mit der Komplexität der Gesellschaft und ihren Entscheidungslagen beschreibt, als auch eines Narrativs, wie Kollektivitäten anzusprechen sind. Gebraucht werden Narrative für sachliche und für soziale Komplexität.

Die Herausforderung besteht darin, kommunikative Angebote zu machen, wo sich alle angesprochen fühlen. Alle wichtige Felder der Politik brauchen nicht nur angemessene sachliche Lösungen, sondern auch narrative Repräsentationen. Der Erfolg radikaler politischer Programme kann letztlich als Reaktion auf diese Fehler gedeutet werden. **Es sind letztlich die (geglaubte) Kohäsion, die Solidarität, der Sozialstaat, die den Machtkreislauf und die Legitimation politischen Handelns ermöglichen.** Ist ein Narrativ jenseits des Bekenntnisses zu einem abstrakten Eigenen möglich? Kann ein Narrativ von der Überhöhung des Nationalen lassen? Ist eine multikulturelle und multireligiöse Erzählung denkbar?

Dies steht der etablierten Politik derzeit nicht zur Verfügung. Sie muss die Widersprüchlichkeit aushalten, dass sie etwas tun muss, was sie eigentlich nicht kann. Das Besondere des Politischen besteht darin, dass es letztlich daran festhalten muss, Kollektivitäten zu erzeugen, Kontrolle zu suggerieren, darin auch **Sicherheit** für die politisch erzeugten Kollektivitäten zu simulieren. Die Währung des Politischen ist, mehr noch als in den anderen Systemen, **Vertrauen**. Vertrauen ist letztlich nichts anderes als die Fähigkeit, trotz der Unsicherheit und Nicht-Linearität von Steuerungsmöglichkeiten, solche **Linearität zu repräsentieren**. Vertrauen entsteht dort, dies gelingt.

Aus dieser Perspektive gibt es wenig Grund zur Selbstberuhigung, denn die Dinge werden eher komplizierter als einfacher. Vielleicht ist die **Granularisierung der Bevölkerung** so etwas wie eine **innere Globalisierung und Vernetzung**, die analog zur äusseren auch die **eigene Bevölkerung unübersichtlicher und weniger kalkulierbar** macht.

Mit der Arbeit an den Narrativen, an der Beschreibung der Gesellschaft gilt es **die beiden Funktionen des politischen Systems wieder miteinander zu verbinden**: kollektiv bindende Entscheidungen bereitzustellen und für ansprechbare Kollektivitäten zu sorgen.

(mehr: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_45593_1.pdf/4c5099ad-f1d4-6ab8-f65e-3a930704f74f?version=1.0&t=1539650617612)

9. Schlussfolgerungen und Vorschläge für die Fortsetzung der Diskussion

Die Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung braucht offensichtliche neue Impulse und neue Infragestellungen. Bisherige sozialpolitische Leitbilder werden durch die beschriebenen, mit der Digitalisierung verbundenen Entwicklungen in Frage gestellt. Noch läuft die politische sozialpolitische Diskussion jedoch in den gewohnten Bahnen. Ziel dieses Thesenpapiers ist es, diese Diskrepanz offenzulegen und erste Pisten auf der Suche nach neuen sozialpolitischen Leitplanken in Form von zeitgemässen Narrativen und Kohäsionsdiskursen aufzuzeigen. Dies soll nun in diesem Abschnitt in Form einer **Diskussion** über zukünftig empfehlenswerte Schritte verdeutlicht werden.

9.1. Die alten sozialpolitischen Leitbilder verlieren an Gestaltungskraft

Eine erste Schlussfolgerung: **Die bisherigen sozialpolitischen Leitbilder werden durch die Digitalisierung in ihrer Gestaltungs- und Überzeugungskraft (teilweise) gebremst.** Dies soll anhand den in diesem Thesenpapier vier exemplarisch präsentierten bestehenden sozialpolitischen Leitbildern nachfolgend nochmals kurz erläutert werden.

Das Leitbild des «Aktivierenden Sozialstaats» etwa konzentriert sich darauf, Individuen arbeitsmarktfähig zu machen oder zu erhalten, damit sie eigenverantwortliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Ziel ist also «Inklusion durch Arbeit». Doch stellt sich offenkundig aktuell die Frage: **Wie realitätsnah ist diese Erzählung, falls grosse Anteile von Jobs in Zeiten der Digitalisierung wegfallen oder sich markant ändern und so allenfalls nicht mehr alle im Erwerbsleben gebraucht werden?** Dann wäre dieses arbeitsmarktbasierende Narrativ in grossen Teilen nicht mehr glaubwürdig. Denn es braucht auch in Zukunft genügend Arbeitsstellen, damit dieses Narrativ überhaupt durchgesetzt werden kann.

Das Leitbild der „Prävention“ meint das Schaffen von Rahmenbedingungen zum «guten» Verhalten (verhindern von Fehlentwicklungen oder Fehlverhalten). Alle Menschen sollen befähigt werden, sich selbstbestimmt in eine positive Richtung zu entwickeln. Eine Integration in die Gesellschaft geschieht durch eine gesunde Entwicklung, z.B. durch Compliance mit gesunden Verhaltensempfehlungen.

Die Digitalisierung macht mit der neu ermöglichten Ausleuchtung eines jeden Einzelnen nun aber die individuelle Ausgangslage bezüglich Gesundheit in allen Details sichtbar: **Prävention ist für Menschen mit schlechten genetischen Dispositiven wenig wirksam und weniger glaubwürdig.** Die in Zukunft immer klarer ersichtlich gemachte **Chancenungleichheit** (teilweise von Geburt aus) kann die Glaubwürdigkeit dieses Leitbilds in Frage stellen.

Der «Inklusions-Diskurs» meint die gesellschaftliche Integration durch Gleichbehandlung und somit keine Diskriminierung von bestimmten Gruppen oder Individuen. Die Solidarität soll mit allen Menschen eines Staates gelten. Wenn schon nicht Chancengleichheit besteht, so soll doch allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die grosse Herausforderung durch die Digitalisierung ist aber auch hier klar erkennbar: **Digitalisierung vereinfacht Differenzierung. Es wird immer schwieriger, Unterschiede nicht zu sehen und nicht darauf einzugehen. Ein Ausschliessen von Diskriminierung wird zunehmend unpraktikabel.**

Schliesslich wollen «Caring Communities» in einem Zusammenspiel von Privaten, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat (v.a. Gemeinde-Ebene) die Solidargemeinschaft gemeinsam gestalten. Die Verantwortung des Individuums gegenüber seiner Umgebung soll das lokale Engagement für das Gemeinwesen unterstützen. Gleichzeitig ist lokales Denken und Handeln mit Digitalisierung teilweise in Frage gestellt, da eine **ortsunabhängige Vernetzung viel verbreiteter möglich ist und so der Raumbezug eher weniger wichtiger wird.** Es können zwar digitale Kommunikationsinstrumente oder Services natürlich immer auch lokal eingesetzt werden. Ob die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung resp. des Trackings, Beiträge von Individuen oder Organisationen ans Gemeinwesen zu messen, eine förderliche Entwicklung für dieses Narrativ darstellen, kann durchaus diskutiert werden.

Quintessenz: Die Parteien sollten sich aus dem Blickwinkel der Digitalisierung genau überlegen, inwieweit ihre (bisherigen) sozialpolitischen Leitbilder noch aktuell resp. haltbar sind. Gleichzeitig gilt es zeitgemässe neue Narrative zu entwickeln.

9.2. Sind neue Narrative denkbar? Können «alte» Bilder in die Zukunft mitgenommen werden?

Inwiefern nehmen beispielsweise die im Kapitel 7 exemplarisch beschriebenen neuen «narrativen» Versuche die besprochenen Entwicklungen der Digitalisierung explizit auf?

Das «Sozialkonto» oder das «Grundeinkommen» (siehe Kapitel 7.1.) könnten durchaus **als eine Antwort darauf gesehen werden, dass die Integration in die Gesellschaft über den Arbeitsmarkt infolge der Digitalisierung zunehmend schwierig wird**. Soziale Teilhabe würde neu durch ein Grundeinkommen, ein Sozialkonto oder ähnlichen Leistungen gewährleistet: Chancengleichheit für alle würde nun garantiert durch eine Basisfinanzierung für alle. Zudem könnten neue Möglichkeiten durch die Digitalisierung genutzt werden, z.B. durch eine Öffnung des Sozialkontos durch einfacher messbare Community-Leistungen. Dies könnte insofern als eine mögliche (sozialdemokratisch inspirierte) **Transformation resp. Weiterführung des Narrativs des aktivierenden Sozialstaats** verstanden werden, eine neuartige Teilhabe an einer «Arbeitsmarktintegration» in einem weiten Sinne darstellen. Auch könnte dieses Narrativ des «Alle kriegen, was sie brauchen» (Sozialkonto, Grundeinkommen) als mögliche **Weiterführung des Narrativs «Caring Communities»** dargestellt werden, vor allem dann, wenn das Grundeinkommen an einen Beitrag zugunsten der Community geknüpft würde, da eine solche Operationalisierung durch die Digitalisierung neu ermöglicht wird.

Das «Dortmunder Modell» (siehe Kapitel 7.2.) einer Integration in die Gesellschaft über eine politische «multikulturelle» Inklusion bedeutete Chancengleichheit für alle durch politische Beteiligung für alle; es soll keine Diskriminierung von kulturellen oder politischen Gruppen geben. In Verbindung zu politischen Theorien (wie «Identity» von Fukuyama) wären Würde und Anerkennung von bestimmten Gruppen auch in ihrer Andersartigkeit gewährleistet. **Die neuen Möglichkeiten durch die Digitalisierung sorgen idealerweise dafür, dass die neuen Kommunikationskanäle einen Austausch auch mit vermeintlich anderssprachigen oder anders orientierten Gruppen ermöglichen**. Unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit könnten z.B. über die sozialen Medien Verbindungselemente zu bestimmten Kriterien gefunden werden (**z.B. andere Ethnie, aber eine Verbindung durch gemeinsames Interesse an einer bestimmten Sportart; andere Religion, aber gleiche Grundwerte bezüglich Ehe, usw.**). Dies bedeutete eine mögliche **Transformation oder Weiterführung des Narrativs «Inklusion»** via eine grössere Teilhabe durch politische und kulturelle Inklusion. Zudem könnte diese Erzählung auch eine mögliche **Weiterführung des Narrativs «Caring Communities»** darstellen Im Sinne einer neuartigen Teilhabe durch lokale politische und soziale Inklusion, respektive einem Beitrag aller zur Gemeinschaft.

Das «Helsinki-Modell» (siehe Kapitel 7.3.) interessiert sich für die Integration in die Gesellschaft über die (Schul-)Bildung, durch die Förderung kollaborativer Skills. Individuen verbinden sich so durch Beziehungen zu anderen zum Wir. **Neue Möglichkeiten durch die Digitalisierung könnten hier genutzt werden, denn es braucht neue Berufsbilder, neue Formen der Bildung und lebenslanges Lernen. Kollaboratives Arbeiten oder auch Crowdfunding passen zu diesem Leitbild**. Dieses könnte auch als **mögliche (tendenziell liberale) Transformation und Weiterführung des Narrativs «aktivierender Sozialstaat»** verstanden werden: eine Teilhabe durch Integration in einen neu definierten Bildungs- und Arbeitsmarkt.

Zurzeit stehen alle im Bann von Klimademonstrationen, die auf einer europäischen Ebene überregional, zeitgleich organisiert und regelmässig stattfinden (siehe Kapitel 7.4.). Eine solche **Gleichzeitigkeit in vielen lokalen Räumen ist durch die Digitalisierung erleichtert oder überhaupt erst möglich**. Die Klimakrise könnte zu einer Art neuen **weltweit «gefühlten» Solidarität** führen, während die «sozialistisch» geprägte internationale Solidarität des letzten Jahrhunderts (= internationale Arbeiterklasse) keine grosse Glaubwürdigkeit mehr aufweist.

Grundsatzfragen sind zu diskutieren: Welche Rolle für die zukünftige Kohäsion spielt die Bildung, insbesondere die **digitale Bildung**? Welche Rolle spielt die **Zivilgesellschaft**? Welche positiven Beispiele gibt es, wie Digitalisierung **neue Identifikationswege, neue Plattformen für Solidarität, neue Mobilisierungsformen für Communities** prägen und entstehen lassen könnte? Eine mögliche Einordnung für zukünftige Kohäsionsmodelle bieten noch immer die beiden Hauptstränge einer historisch wichtigen Debatte, nämlich der Gegenüberstellung des eher kommunitaristischen geprägten Weltbilds mit einem eher individualistisch- liberalen Weltbild.

9.3. Zwei grundsätzlich verschiedene Verständnisse von Solidarität: Gesellschaft bleibt gestaltbar!

Das **kommunitaristische Weltbild** definiert «Solidarität» als eine **Verbundenheit mit der Gemeinschaft**, mit einer bestimmten Gruppe. Wichtige Elemente dieser Art von Solidarität sind eine (gefühlte) Identität als Gruppe, feststellbare Merkmale der Differenzierung als Gruppe und eine Anerkennung als Gruppe, die auch von aussen attestiert wird. Die Digitalisierung beeinflusst natürlich diese «Solidarität». **Das vermehrte Messen und neue digitale Kanäle ermöglichen neuartige resp. andere Merkmale der Differenzierung. Das kann die Identifizierung einer Gruppe, resp. von möglichen Gruppenmitgliedern verändern**. Als Effekt kann es zu einer Fragmentierung der Gruppen kommen. Auch können Gruppen neu über die verkürzte und emotionale Kommunikation der sozialen Medien mobilisiert werden. Zudem ergeben sich neue Gruppen über traditionelle Grenzen hinweg. Was bedeutet dies für die Kohäsion im digitalen Zeitalter? Wer dem kommunitaristischen Weltbild nachhängt, hat sich hier tiefere Reflexionen zu machen.

Das **liberale Verständnis von «Solidarität»** betont vor allem die **gleichen Startchancen für alle** Individuen, dies aufgrund der **Würde jedes Einzelnen** als Mitglied der Gesellschaft. Dieses Verständnis kann auch gut mit dem Gerechtigkeitsbegriff umschrieben werden. Wichtige Elemente dieser Art von Solidarität sind, dass jeder Einzelne in seiner eigenen Individualität Mitglied der Gesellschaft ist und jeder als dieses Anrecht auf einen Mindeststatus, auf minimale Startchancen und auf Mindest-Ressourcen hat. **Der Einfluss der Digitalisierung auf dieses Solidaritätsverständnis liegt vor allem darin, dass das verstärkte Messen Differenzierung und Individualisierung fördert. Der Effekt des verstärkten Messens und Vergleichens fördert Kompetitivität und Rankings.** Kann dies Eigenverantwortung stärken oder bewirkt es eher das Gegenteil, wie gewisse Umfragen andeuten? Aus diesem Verständnis von «liberaler» Solidarität könnten ganz (unterschiedliche nicht nur liberal verortete) Thesen für die zukünftige Solidarität gemacht werden, wie z.B. auch die in diesem Thesenpapier erwähnten, dass jeder ein Grundeinkommen bekommen oder jeder den gleichen Zugang zu Bildung erhalten soll.

Die Darstellung dieser beiden polit-philosophischen Hauptstränge am Schluss dieses Thesenpapiers, soll aufzeigen, dass auch in Zeiten der Digitalisierung zentrale unterschiedliche weltanschauliche Sichtweisen denkbar sind. Quintessenz: Die **Gesellschaft ist gestaltbar**. Und es ist an der Politik, ihren Spielraum auszuschöpfen. Die Diskussion dieser neuen Narrativ- resp. Kohäsionsmodelle zeigt das Potential auf, das in neueren, zeitgemässen Erzählungen steckt. Wie könnte diese Diskussion im schweizerischen Kontext weitergeführt werden?

9.4. Was für Schlussfolgerungen für die Schweiz und die Schweizer Parteien?

Es ist offenkundig, dass auch konkrete Empfehlungen aus diesem Thesenpapier für schweizerische Parteien abgeleitet werden können. Die Parteien könnten sich durchaus überlegen, welche Thesen/Narrative in direkt-demokratischen und föderalistischen Staaten wie der Schweiz wohl eher durchsetzungsfähig sein könnten im Vergleich zu repräsentativ demokratischen und eher zentralisierten Staaten. **Wären lokale Versuche nicht gerade im schweizerischen Milizsystem besonders erstrebenswert und durchführbar? Wäre umgekehrt, bei einem Auseinanderfallen der Kohäsion im lokalen Raum, nicht aber gerade die Schweiz mit ihrer Staatsidee des Föderalismus und der Subsidiarität auch besonders betroffen?**

These: Die Schweiz mit ihrem auf Milizsystem und Föderalismus basierten System bietet ideale Bedingungen, um neue Kohäsionsnarrative im Wettbewerb der Systeme einander gegenüber zu stellen und aus lokalen Ansätzen Inspirationen herauszukristallisieren.

Zudem könnten auch generelle Schlussfolgerungen für die **schweizerische Gesellschaft** (mit Konsequenzen auch auf das **Versicherungswesen**) entwickelt werden: Wenn die Solidarität durch die Datafizierung resp. die Algorithmisierung und durch den Populismus herausgefordert wird, so fällt auf, dass bei beiden Herausforderungen Komplexität und Granularisierung eine grosse Rolle spielen. Der Schleier des Unwissens wird durch die Personalisierung zwar gelüftet, aber gleichzeitig durch die steigende Komplexität und die Vielschichtigkeit der Wirkungen und Effekte wieder verdichtet. Und so könnte durchaus folgende These diskutiert werden:

These: Wenn in einem mehr und mehr digitalen Umfeld zunehmende Komplexität auch Angst macht, steigt möglicherweise das Bedürfnis nach mehr Sicherheit und damit Versicherung – insbesondere für einfache und umfassende Versicherungslösungen.

Aus solchen Überlegungen heraus könnten **neue Umsetzungsideen und Massnahmen** für die Debatte um Versicherungs- und Vorsorgelösungen entwickelt werden.

Gerade darum soll dieses Thesenpapier Auslöser für weitere Diskussionen (im schweizerischen Kontext) sein. Die Stiftung Sanitas Krankenversicherung will mit Studien, Umfragen und Dialogplattformen dazu beitragen, dass die Entwicklung von Solidaritäten in der digitalen Gesellschaft in verschiedenen Dimensionen beleuchtet werden.

Wichtigste Literaturangaben und Referenzen

zum Thema «Kohäsion/Zusammenhalt»:

<https://www.cicero.de/kultur/gesellschaft-wie-haltbar-ist-der-zusammenhalt>

<https://zusammenhalt-dortmund.de/das-projekt>

<https://www.narrationsforschung.de/blog/>

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0034/index.shtml

<https://www.kubi-online.de/artikel/kulturelle-bildung-gesellschaftlicher-zusammenhalt-subjekte-staerken-rahmenbedingungen>

<https://www.buergerforum-europa.eu/blog-all/gastbeitrag-europa-narrativ>

Zygmunt Baumann, Die Krise der Politik, Hamburger Edition, (2000)

Norbert Bolz, Die Sinngesellschaft, Kulturverlag Kadmos (2012)

Fukuyama, Francis: Identity (2018)

zur «Datengesellschaft»:

https://www.researchgate.net/publication/326232239_Datengesellschaft_Einsichten_in_die_Datafizierung_des_Sozialen

https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir_derivate_00001365/DTiD_Houben_Instrumentelle_Vernunft_Datengesellschaft_2018.pdf

<https://prezi.com/f8uohiwhkfhx/datengesellschaft/>

zur «Quantifizierung des Sozialen»:

<https://www.hiig.de/statusarbeit-in-der-datengesellschaft-ueberkapital-und-hyperindividualisierung/>

<https://www.hiig.de/die-sozialordnung-der-digitalen-gesellschaft/>

Steffen Mau: [Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen](#), Suhrkamp 2017.

Grimm, Petra: Aufsätze wie Digitale Gesellschaft, Digitale Wertekultur. Teilweise in Stadler «mehr als Algorithmen»

Grimm, Petra / Tobias Keber / Oliver Zöllner: Anonymität und Transparenz in der Digitalen Gesellschaft

zum Solidaritätsbegriff:

<http://www.bpb.de/apuz/31213/internationale-solidaritaet>

Heinz, Bude, Gesellschaft der Angst, Hamburger Edition, 2014

Barbara Prainsack, Alena Buyx: Das Solidaritätsprinzip, Campus 2016. (generelle Aufarbeitung und Public Health Sicht)

Felix Stalder: Kultur der Digitalität. Suhrkamp.

WIRE Abstrakt: Die Grosse Gemeinschaft. Gedanken zur Solidarität von Morgen. 2012.

Gespräch mit Barbara Bleisch: Entknäuelung einer Begriffsverwirrung, in WIRE Abstrakt No9: Die grosse Gemeinschaft, 2012

Weitere Diskussionsbeiträge siehe auch auf www.sanitas.com/Stiftung

Kontakte Verfasser:

Andreas Müller: andreas.mueller@politconsulting.ch

Isabelle Vautravers: isabelle.vautravers@sanitas.com